



Planung für Alterszentrum erhält grünes Licht

Die Bürgerversammlung hat dem Wettbewerbskredit über 394 000 für das Alterszentrum Schachen mit Alterswohnungen zugestimmt. Ebenso kann die Stadt einen Fonds für erneuerbare Energien schaffen. Am Schluss gab es stehende Ovationen.

von **Pascal Büsser**

Die Bürgerversammlung hat einem Fonds für erneuerbare Energien klar zugestimmt. Dieser wird einmalig mit drei Millionen Franken geäufnet. Diese stammen aus dem Gewinn für den Verkauf der Mehrheitsbeteiligung der Stadt an der Erdgas Obersee AG. Mit dem Fonds sollen energetische Sanierungen von städtischen Liegenschaften finanziert werden. Elisabeth Beer (UGS), die den Fonds angeregt hatte, forderte eine zusätzliche Stärkung. Sie beantragte, dass dieser ab 2018 zusätzlich mit einem Promille des Budgets, maximal 190 000 Franken, geäufnet wird. Sie zog dabei einen Vergleich zum Kulturprozent der Migros. «Drei Millionen ist ja schön, aber dieses Geld ist schnell verbraucht.»

Stadtpräsident Erich Zoller erklärte, dass es aus Sicht des Stadtrats nicht sinnvoll sei, den Fonds auf Vorrat zu

keines der 43 Geschäfte unter Zoller abgelehnt hat.

äufnen. «Wir wissen noch nicht, wie viele Projekte effektiv zur Umsetzung vorhanden sind.» Man könne den Fonds später wieder auf Antrag auffüllen. Die Bürgerversammlung folgte deutlich dem Stadtrat.

Fast einstimmig bewilligte die Versammlung den Wettbewerbskredit über 394 000 Franken für den Neubau des Alterszentrums Schachen. Eine kritische Frage gab es zum Verkehr. Bauchef Thomas Furrer sagte, dass man noch keine quantitative Abschätzung habe. «Ein Pflegezentrum ist aber keine Verkehrsmaschine», meinte er. Man werde aber noch Zahlen erheben und diese ins Projekt einfließen lassen und flankierende Massnahmen treffen. Bis November 2017 soll das Ergebnis publiziert werden.

Kritische Voten und Lobreden

Aus der Bürgerschaft gab es verschie-

den Meldungen. Alois Vonlanthen und Bruno Rööslü äusserten sich kritisch bis empört zur Kesb-Klage der Stadt gegen die «Obersee Nachrichten». Zoller gab bekannt, dass bisher 150 000 Franken für die Klage aufgewendet wurden. 40 000 Franken sind im Budget 2017. Es hätte billigere Wege gegeben, Transparenz zu schaffen, meinte Rööslü. Etwa mit in dem Bürgerbrief oder Gegendarstellungen in der «seriösen Presse». Allgemein sei schlecht kommuniziert worden, auch zur Schliessung des «Kreuz». Hanspeter Raetzo hielt dagegen, der Stadt seien bei der Kommunikation zur Kesb gesetzliche Grenzen gesetzt gewesen, den ON nicht.

Zum Schluss wurde es dann doch noch harmonisch. Zoller verdankte den Einsatz der drei abtretenden Stadträte Markus Gisler (FDP), Pablo Blöchliger (SP) und Rahel Würmli (UGS). Rahel Würmli hielt die Laudatio auf Erich Zoller. Sie betonte, dass keines der 43 Geschäfte in seiner Amtszeit an der Bürgerversammlung abgelehnt worden sei. Dafür gab es zum Schluss gar stehende Ovationen.

Rahel Würmli betonte, dass die Bürgerversammlung